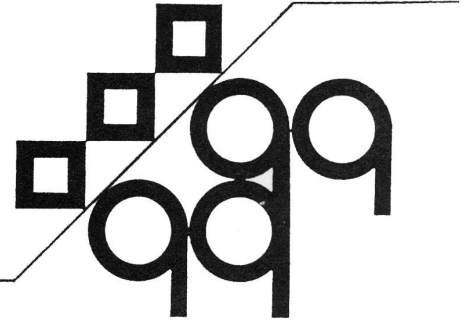


wuqûf



Kurzanalysen

Sigrid Faath / Hanspeter Mattes

**Der Umgang der nordafrikanischen Staaten
mit dem Machtwechsel in Libyen 2011**

Außenbeziehungen zwischen Kooperation und Misstrauen

**Edition Wuqûf
Hamburg**

**ISSN 0948-0951
Nr. 21, Oktober 2011**

Inhalt

1. Ausgangslage und Zielsetzung der Kurzanalyse	3
2. Der Umgang der nordafrikanischen Staaten mit Libyen 2011	5
2.1. Tunesien	5
2.2. Algerien	10
2.3. Ägypten	15
2.4. Mauretanien und Marokko	19
3. Schlussfolgerungen und Perspektiven	23
3.1. Die Ebene der bilateralen Beziehungen	24
3.2. Die Ebene der Regional Kooperation	25
3.3. Die Beziehungen zu „westlichen Staaten“	27

Zusammenfassung

Der in Libyen im Februar 2011 ausgebrochene Bürgerkrieg und die nachfolgende militärische Intervention der NATO zugunsten des oppositionellen Nationalen Übergangsrates (NTC) ließen die Nachbarstaaten nicht unberührt. Die Regierungen und die Bevölkerung Ägyptens, Tunesiens, Algeriens, Marokkos und Mauretaniens sind seit Februar mit den Folgen der Entwicklungen in Libyen konfrontiert. Die organisierte Bevölkerung der Nachbarstaaten Libyens bezog je nach politischer Überzeugung für oder gegen den NTC Stellung und versuchte, das Handeln ihrer Regierung entsprechend zu beeinflussen.

Die Haltung der nordafrikanischen Staaten zu Libyen wird seit Beginn des Bürgerkrieges von vier Faktoren bzw. Ereignissen beeinflusst: 1. dem Grad der wirtschaftlichen Verflechtung mit Libyen, 2. der NATO-Intervention in Libyen, 3. der Präsenz von Islamisten in den Reihen des NTC, der als legitime Vertretung des libyschen Volkes auftritt, und 4. der unkontrollierten Waffenproliferation nach der Plünderung der ostlibyschen Waffendepots durch die Bevölkerung einschließlich islamistischer Gruppen im Februar 2011. Der Umgang mit dem Machtwechsel als auch die Positionen zur NATO-Intervention und zu den neuen libyschen Akteuren zeigen, dass die nordafrikanischen Staaten zwar grundsätzlich kooperative Beziehungen auf regionaler und internationaler Ebene anstreben, allerdings nur dann, wenn dies im jeweiligen nationalen Interesse liegt.

Die Umbrüche in Tunesien, Ägypten und Libyen verstärkten in allen Staaten das Denken und Handeln in nationalstaatlichen Kategorien. Bilaterale Kooperation wird deswegen auch weiterhin unter den nordafrikanischen Staaten bevorzugt werden. Ein Block der „revolutionären Staaten“ zeichnet sich nicht ab, stattdessen ein Rückzug auf sich selbst. Bei der Lösungssuche für das Hauptproblem Wirtschaftsentwicklung u.a. durch ausländische Direktinvestitionen, Zugang zu ausländischen Arbeitsmärkten für junge Arbeitslose stehen die Nichterdölstaaten zudem in Konkurrenz zueinander.

Die Militärintervention der NATO in Libyen wird von zahlreichen politischen und gesellschaftlichen Akteuren in den Nachbarstaaten abgelehnt. Die Auslegung der UN-Resolution 1973 durch die NATO wird als Missbrauch des ursprünglichen Mandats zum Schutz der Zivilbevölkerung und eigenmächtige Umdeutung zum Sturz Qaddafis wahrgenommen. Das neu angeregte Misstrauen gegenüber „westlichen Staaten“ und ihren Intentionen wird die Kooperation erschweren. Die Beziehungen zu westlichen Staaten werden zukünftig noch genauer als dies bereits der Fall war unter dem Gesichtspunkt der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten begutachtet werden.

In Tunesien, Ägypten und Libyen sind seit den Machtwechseln islamistische und von nationalistischem Gedankengut geprägte Parteien und Gruppen politisch sehr aktiv. Sie werden in Zukunft mehr denn je die Außenpolitik mitbestimmen und versuchen, die Außenpolitik verstärkt in den Dienst ihrer innenpolitischen Ziele zu stellen. Insbesondere die nach wie vor mobilisierenden Themen „Abgrenzung von westlichen Staaten“, „Schutz vor westlicher Einmischung“ und „Bewahrung der eigenen Identität“ werden von ihnen besetzt werden.

1. Ausgangslage und Zielsetzung der Kurzanalyse

Das innen- und außenpolitische Umfeld der autoritär regierten Staaten Nordafrikas veränderte sich in den letzten zehn Monaten tiefgreifend. Auslöser des Wandels waren die sozialen Proteste in der tunesischen Stadt Sidi Bouzid am 17. Dezember 2010, die am 14. Januar 2011 zur Flucht des seit 1987 amtierenden Staatspräsidenten Ben Ali führten. Diese Flucht leitete einen bis heute anhaltenden politischen Umbruch in Tunesien ein. In anderen Staaten Nordafrikas¹ und des Nahen Ostens² brachen kurz danach ähnliche Protestbewegungen aus, die sich am erfolgreichen tunesischen Vorbild orientierten. In Ägypten proklamierte die Protestbewegung den 25. Januar zum Beginn der „Tage des Zorns“, die nach 18 Tagen am 11. Februar zum Rücktritt Präsident Mubaraks führten; in Algerien fordert seit Februar 2011 eine „Nationale Koordination für Wechsel und Demokratie“ das Regime heraus und in Marokko waren die Ereignisse in Tunesien und Ägypten sowie der Druck der „Bewegung des 20. Februar“ Anlass für König Mohammed VI., ab April den Reformprozess zu beschleunigen.

In Libyen gab es gleichfalls Ansätze, durch Proteste politische Zugeständnisse des Regimes zu erzwingen. Initiatoren und hauptsächliche Träger dieser vor allem im ostlibyschen Banghazi organisierten Proteste waren Menschenrechtsaktivisten und Angehörige jener 1.200 politischen Gefangenen, die 1996 bei einer Revolte im Abu Slim-Gefängnis in Tripolis ums Leben kamen. Zum öffentlichen „Tag des Zorns“ riefen die Aktivisten den 17. Februar aus. An diesem Tag im Jahr 2006 fanden Proteste gegen die in Dänemark abgedruckten Karikaturen über den Propheten Muhammad statt, die gewaltsam verliefen und zahlreiche Libyer das Leben kosteten. Als die staatlichen Sicherheitskräfte am 17. Februar 2011 mit großer Härte gegen die Demonstranten vorgehen, wobei es bis zu 300 Tote gab, eskalierte die Lage. Binnen weniger Tage erhob sich die Bevölkerung in ganz Ostlibyen; vereinzelt kam es auch in westlibyschen Städten zu Protesten. Während allerdings die Befreiung Ostlibyens von der Herrschaft Qaddafis dauerhaft war, hielt sich das Regime im Westen des Landes.

Die Wiedereroberung Ostlibyens durch regimetreue Truppen wurde von der NATO gestoppt, die nach der im Eiltempo verabschiedeten UN-Resolution 1973³ den bewaffneten Oppositionskräften, die sich ab März als *The Free Libya Armed Forces* bezeichneten, militärisch zu Hilfe kam. Es folgte eine mehrmonatige Zerteilung Libyens in einen weiterhin von Qaddafi beherrschten Teil (Tripolitanien und Fazzan) und einen östlichen Teil

¹ Vgl. hierzu auch El Amrani, Issandr: The Tunisian impact on North Africa, in: Bitterlemons-international, 27.1.2011.

² Vgl. als Überblick Middle East Institute: Revolution and political transformation in the Middle East, Washington DC, Band 1 (Agents of change) August 2011, 45 S.; Band 2 (Government action and response) September 2011, 39 S.; Texte unter <www.mei.edu>.

³ Die am 17.3.2011 verabschiedete Resolution billigte die Einrichtung einer Flugverbotszone über Libyen und erlaubte (sehr weitgefasst) „alle weiteren Maßnahmen“, die zum Schutz der Zivilbevölkerung nötig sind; vgl. den Text der Resolution unter <www.un.org/Depts/german/sr/sr_11/sr1973.pdf>.

(Cyrenaika), in dem der am 5. März gegründete 31-köpfige Nationale Übergangsrat (National Transitional Council/NTC) unter Vorsitz von Mustafa Abd al-Jalil und das von ihm eingesetzte Exekutivbüro, die sogenannte Übergangsregierung unter Mahmud Jibril, den Widerstand gegen das Qaddafiregime organisierten.

Die NATO-Militärintervention, die zum Schutz der libyschen Zivilbevölkerung eingeleitet wurde, nahm sehr schnell den Charakter eines Einsatzes an, dessen wahres Ziel der Sturz des Qaddafiregimes war. Die Unterstützung der Oppositionsstreitkräfte im westlibyschen Jabal Nafusa und die militärische Absicherung ihrer Angriffsbewegung auf die Hauptstadt Tripolis führten am 21. August zur Einnahme von Tripolis und damit de facto zum Ende der Qaddafiherrschaft, wenn sie auch nicht das Ende der Kämpfe bedeuteten. Diese zogen sich insbesondere in den Regionen um Sirt und Bani Walid bis Oktober 2011 hin.

Die militärischen Entwicklungen in Libyen, der eskalierende Bürgerkrieg und die ausländische Intervention ließen die Nachbarstaaten nicht unberührt. Dies galt vor allem für Tunesien und Ägypten, die seit Februar zum Ziel von Hunderttausenden von Bürgerkriegsflüchtlingen wurden. Zu den Flüchtlingen zählten Libyer, ausländische Arbeitnehmer und illegale Migranten aus dem subsaharischen Afrika.

Die Regierungen und die Bevölkerung der direkten Anrainerstaaten Libyens, also Ägypten, Tunesien und Algerien, aber auch der beiden anderen nordafrikanischen Staaten Marokko und Mauretanien sind seit Februar mit den Folgen der Entwicklungen in Libyen konfrontiert. Die Regierungen wurden nicht nur von dem Qaddafiregime und dem oppositionellen NTC umworben, um sie zu einer klaren Positionsbestimmung und Unterstützung zu bewegen, sondern auch von Staaten wie Frankreich, Großbritannien und den USA, die Lobbying zugunsten des NTC betrieben. Die organisierte Bevölkerung der Nachbarländer Libyens bezog je nach politischer Überzeugung für oder gegen den NTC Stellung und versuchte, das Handeln ihrer Regierung entsprechend zu beeinflussen.

Die Haltung der nordafrikanischen Staaten zu Libyen⁴ und der jeweils interne Meinungsbildungsprozess wurde insbesondere von vier Faktoren beeinflusst:

- dem Grad der wirtschaftlichen Verflechtung mit Libyen,
- der NATO-Intervention in Libyen,
- der Präsenz von Islamisten in den Reihen des NTC, der als legitime Vertretung des libyschen Volkes auftritt, und

⁴ Hinsichtlich der gesamtarabischen Reaktionen auf den Sturz Qaddafis vgl. MEMRI, Washington DC, 1.9.2011 (Arab reactions to Mu'ammār al-Qadhafī's downfall – joy mixed with concern).

- der unkontrollierten Waffenproliferation nach der Plünderung der ostlibyschen Waffendepots durch die Bevölkerung einschließlich islamistischer Gruppen im Februar 2011. Seither verschlechterte sich die Sicherheitslage im maghrebinsch-sahelischen Raum.⁵ Nachgewiesen ist der Waffenschmuggel nach Südalgerien und Nordmali; von der Waffenproliferation profitierte auch die im Sahara-/Sahelraum operierende terroristische Organisation *al-Qaida im islamischen Maghreb* (AQMI).⁶

Im Mittelpunkt der Kurzanalyse stehen die nordafrikanischen Nachbarstaaten Libyens.⁷ Die Kurzanalyse befasst sich zum einen mit den staatlichen Reaktionen auf die Entwicklungen in Libyen seit Februar 2011 und den Maßnahmen der Regierungen. Zum anderen geht sie auf die Meinungen der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Akteure zu dem regional ausstrahlenden innerlibyschen Konflikt und zum Eingreifen der NATO in Libyen ein.

Der Umgang mit dem Machtwechsel in Libyen als auch die Positionen der Nachbarstaaten zur Konfliktentwicklung, zur Unterstützung der libyschen Opposition durch die NATO und zu den neuen libyschen Akteuren weisen auf Probleme hin, die in mehrfacher Hinsicht das künftige außenpolitische Handeln beeinflussen können. Die Autoren gehen davon aus, dass die macht- und sicherheitspolitischen Folgen der Umbrüche in Tunesien, Ägypten und Libyen sowie in ganz besonderem Maß das externe Eingreifen in den libyschen Konfliktverlauf Rückwirkungen auf die Außenbeziehungen haben werden. Betroffen sein werden

- die zwischenstaatlichen Beziehungen auf nordafrikanischer Ebene,
- die regionale Kooperation maghrebinscher oder nordafrikanischer Staaten,
- die Kooperation nordafrikanischer Staaten mit den Sahelstaaten wie auch
- die Beziehungen zu europäischen Staaten und der Europäischen Union (EU) u.a. im Rahmen der Union für das Mittelmeer, sowie
- der NATO-Mittelmeerdialog.

2. Der Umgang der nordafrikanischen Staaten mit Libyen 2011

2.1. Tunesien

Der Sturz von Präsident Ben Ali am 14. Januar 2011 nach knapp vierwöchigen Protesten belastete die als gut zu bezeichnenden bilateralen Beziehungen zwischen Libyen und

⁵ Vgl. als Überblick Mattes, Hanspeter: Die außen- und sicherheitspolitischen Auswirkungen des Bürgerkrieges in Libyen 2011 (Vortrag, GIGA Büro Berlin, 6.11.2011), Text unter <www.giga-hamburg.de/index.php?file=giga_berlin_buero.html&folder=giga>.

⁶ Im Text wird das im Maghreb und den Sahelstaaten gebräuchliche französische Akronym AQMI verwendet, abgeleitet von *Al-Qaida au Maghreb Islamique*.

⁷ Vgl. als Ergänzung Mattes, Hanspeter: Russland, China und die afrikanischen Staaten: das Ringen um eine Libyenpolitik, Hamburg 2011 (GIGA German Institute of Global and Area Studies), Text unter <www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_1107.pdf>.

Tunesien⁸ stark. Revolutionsführer Qaddafi stellte sich zunächst eindeutig in einer an das tunesische Volk gerichteten Rede am 15. Januar auf die Seite des gestürzten Präsidenten Ben Ali und verteidigte dessen Politik: „Es gibt niemand besseren als Ben Ali, um das Land zu regieren.“⁹ Qaddafi prangerte zudem – ohne Beweise vorzulegen – eine ausländische Einmischung in die innertunesische Entwicklung an und befürchtete in Tunesien ein Wiedererstarken der von ihm national und regional bekämpften islamistischen Bewegung.¹⁰ Qaddafi wurde von tunesischen Oppositionsgruppen beschuldigt, an untergetauchte Ben-Ali-Anhänger Waffen zu liefern, um in Tunesien Chaos zu säen und den Ruf nach einer Rückkehr Ben Alis vorzubereiten.¹¹ Rund zwei Wochen später relativierte Qaddafi indes seine ursprüngliche Parteinahme für Ben Ali. Mit Blick auf die zukünftige libysch-tunesische Kooperation meinte er in einem Interview mit dem tunesischen Fernsehsender *Nessma TV*, dass er nicht die Familie Trabelsi/Ben Ali verteidige und gegen den Volkswillen sei: Wenn das Volk eine Revolution umsetzt und sich selbst regiert, könne er diese Ausrichtung nur unterstützen, da sie zur Volksherrschaft (wie in Libyen) führen werde.¹²

Nach dem Beginn der Proteste in Libyen am 17. Februar – trotz Vorsorgemaßnahmen Qaddafis nach dem Sturz Ben Alis¹³ – verschlechterte sich das Verhältnis zwischen den beiden insbesondere wirtschaftlich eng miteinander verflochtenen Staaten auf offizieller Ebene schnell, weil sowohl die tunesische Bevölkerung als auch die tunesische Regierung Sympathien für den Kampf des libyschen Volkes gegen Unterdrückung empfanden. Zahlreiche tunesische Parteien und Journalisten brachten ihre Solidarität und Unterstützung für ihre „Brüder in Libyen“ zum Ausdruck („Für Freiheit, gegen Tyrannei“) und verurteilten den „Genozid am libyschen Volk“.¹⁴ Stimmen zugunsten Qaddafis waren kaum zu vernehmen. Wenn sich in Tunesien Kritik an der Entwicklung in Libyen äußerte, dann richtete sich diese nicht gegen den NTC, sondern gegen die nach der Verabschiedung der UN-Resolution 1973 Ende März einsetzenden Militäraktionen westlicher Staaten bzw. der NATO,

⁸ Vgl. als Hintergrund al-Atrash, Ahmad A.: The changing interactions between Libya and the Maghreb: bilateral versus multilateral engagement, in: *The Journal of North African Studies*, London, Band 16, Nr. 2, 2011, S. 251-262.

⁹ Middle East Online, 16.1.2011 (Libyan leader regrets Ben Ali's fall); ebenda, 26.1.2011 (Gathafi slams foreign interference in Tunisia). Die Übersetzung fremdsprachiger Zitate in dieser Wuqûf-Kurzanalyse erfolgte, wenn nicht anders angegeben, durch die Autoren.

¹⁰ Vgl. Kapitalis, Tunis, 31.1.2011 (La Libye craint le retour des islamistes en Tunisie).

¹¹ Vgl. <www.asharq-e.com>, London, 20.1.2011 (Libya denies interfering in Tunisian affairs).

¹² Vgl. Auszüge des Interviews in: *Jeune Afrique*, Paris, 26.1.2011 (Kaddafi sous le charme de la révolution tunisienne).

¹³ In Libyen verhängte die (bewaffnete) Revolutionskomiteebewegung, die direkt Qaddafis Büro unterstand, einen Ausnahmezustand und aktivierte alle Mitglieder, um jegliche Protestbewegung umgehend niederzuschlagen. Die Maßnahmen waren jedoch kontraproduktiv, weil sie zur Eskalation der Protestbewegung vor allem in Ostlibyen beitrugen.

¹⁴ Vgl. z.B. Flugblatt vom 23.3.2011 (Déclaration commune sur la situation en Libye); *Le Temps*, Tunis, 27.2.2011 (Arrêtons le génocide du peuple libyen); *Le Temps*, 22.3.2011 (La tyrannie ou la liberté).

die als überzogen eingeschätzt und denen andere Motive als die Hilfe für die libysche Zivilbevölkerung unterstellt wurden.¹⁵

Die tunesische Staatsführung vermied es, offen mit dem Qaddafiregime zu brechen. Die geographische Nähe beider Staaten war hierfür ein erster wichtiger Grund: Tunesien war als Anrainerstaat Libyens direkt von den kriegerischen Auseinandersetzungen im Nachbarland¹⁶ betroffen, vor allem nachdem sich ab März auch in Westlibyen (Zawiya, Jabal Nafusa) die Bevölkerung erhob und angesichts der heftigen Gegenreaktion der qaddafileoyalen Streitkräfte allein bis Ende März bereits 160.000 Libyer nach Tunesien geflohen waren; hinzu kamen zeitweise bis zu 600.000 Arbeitsmigranten und illegale Migranten, die wegen der Kämpfe in Südtunesien Schutz suchten. Der Flüchtlingsstrom erforderte eine internationale humanitäre Hilfsaktion, weil die tunesischen Behörden angesichts der Problemdimension überfordert waren. Für den tunesischen Premierminister Caid Essebsi war damit „die Entwicklung in Libyen eindeutig zu einer Angelegenheit der tunesischen Innenpolitik geworden“.¹⁷ Der tunesische Zentralbankgouverneur Mustafa Nabli beschrieb die Rückwirkungen des Bürgerkrieges in Libyen auf die bereits durch die innertunesischen Entwicklungen seit Januar 2011 beträchtlich geschwächte tunesische Wirtschaft als „enorm“.¹⁸

Der zweite Grund für die Aufrechterhaltung der Beziehungen zum Qaddafiregime hing mit dem Ziel der tunesischen Regierung zusammen, eine Verhandlungslösung zu fördern. Da als Folge der UN-Resolution 1973 der Luftverkehr in Libyen zum Erliegen gekommen war und Ostlibyen seit Februar von der Oppositionsbewegung kontrolliert wurde, war der Weg von Tripolis über den Grenzposten Ras Jedir nach Houmt Souk auf der Insel Djerba mit seinem internationalen Flughafen der einzige Weg für Repräsentanten Qaddafis, um die Kommunikation mit dem Ausland aufrecht zu erhalten. Tunesien wollte diesen Weg offen halten, um entsprechende diplomatische Kontakte zu ermöglichen; dies schloss einen Bruch mit Qaddafi aus. Djerba war folglich Ausgangspunkt zahlreicher Reisen des libyschen Außenministers Abd al-Ati al-Ubaidi und zugleich auch Transitort für die internationalen

¹⁵ Vgl. Libération, Algier, 21.3.2011 (La presse tunisienne et algérienne critique l'intervention en Libye); La Presse de Tunisie, 1.6.2011 (Me Adel Ben Hassine: « Des dépassements sur toute la ligne »); mehrere Mitglieder nationalistischer Parteien gründeten am 23.3.2011 in Tunis eine „Nationale Front“ (Front national pour la lutte contre l'agression sur la Libye), die dazu aufrief, die Aggression gegen Libyen zu bekämpfen, aber keine größeren Aktivitäten entfaltete. Hinzuweisen ist, dass es in Tunesien während des ganzen Konfliktes eine relativ ausführliche Libyenberichterstattung gab, in der dieselben besorgten Fragen wie in der internationalen Presse gestellt wurden; z.B.: „Gibt es eine Teilung Libyens und was bedeutet das für Tunesien?“ (Kapitalis, Tunis, 19.6.2011); „Wer sind die Hauptakteure der libyschen Rebellion?“ (Tunisnews, 22.8.2011).

¹⁶ Teilweise griffen im April und Mai 2011 bei den Auseinandersetzungen um die Kontrolle des Grenzpostens Dahiba die Kämpfe zwischen den Bürgerkriegsparteien auch auf das tunesische Staatsterritorium über.

¹⁷ Zitiert nach <www.africatime.com>, 23.3.2011 (Béji Caid Essebsi: „La Libye est une affaire intérieure tunisienne“).

¹⁸ Vgl. Maghreb Emergent, Algier, 4.6.2011 (L'impact de la situation en Libye sur la Tunisie est énorme, selon Mustapha Nabli BCT).

Journalisten, die aus Westlibyen berichten wollten. Über Djerba flüchteten aber auch viele hochrangige Regimevertreter und Offiziere, die zur Oppositionsbewegung überliefen wie al-Ubaidis Vorgänger Musa Kusa (28.3.) oder der ehemalige Stellvertreter Qaddafis, Abd al-Salam Jallud (20.8.). Auf Djerba fanden sowohl Ende Juni als auch Mitte August Gespräche zwischen Vertretern Qaddafis und des NTC statt mit dem Ziel, den Konflikt doch noch friedlich zu lösen; allerdings scheiterten die Verhandlungen angesichts der zunehmenden militärischen Erfolge der Oppositionsstreitkräfte an der Forderung der Opposition nach einem vollkommenen Rückzug Qaddafis aus der Politik.¹⁹

Die tunesische Staatsführung wurde ab März wegen ihres Angebotes, diplomatische Vermittlungsbemühungen zu unterstützen und humanitären Beistand zu leisten, von beiden Bürgerkriegsparteien umworben. Tunesien lieferte nicht nur Lebensmittel²⁰ nach Libyen und ließ verletzte Libyer in südtunesische Krankenhäuser transportieren, Maßnahmen, die Abgesandte Qaddafis wie Transportminister Muhammad Zaidan oder der Sekretär für arabische Angelegenheiten Sulaiman Shahumi zu würdigen wussten,²¹ sondern setzte auch die Vorschriften der UN-Resolutionen 1979 und 1973 um. Dementsprechend unterstützte Tunesien das Waffenexportverbot und forcierte am 24. März 2011 libysche Guthaben ein. Allerdings scheint die tunesische Regierung nach algerischen Angaben unter dem Druck Katar und Frankreichs, das selbst Waffen per Fallschirm an die Aufständischen im Jabal Nafusa lieferte, den Transport von Waffen aus Katar über den südtunesischen Hafen Zarzis nach Libyen in den Jabal Nafusa gebilligt zu haben.²²

Katar, als arabisches Hauptunterstützerland des Anfang März von der libyschen Opposition gegründeten NTC, stellte Tunesien Finanzhilfen und Investitionen in Aussicht, wenn es den NTC als legitime Vertretung des libyschen Volkes anerkennen würde.²³ Als einen ersten Schritt auf diesem Weg kündigte die tunesische Regierung kurz vor dem Tunesienbesuch von Mustafa Abd al-Jalil, dem Vorsitzenden des NTC, die Eröffnung eines Handelsbüros in Banghazi an.²⁴ Bei dem Treffen Abd al-Jalils mit dem tunesischen Premierminister Caid Essebsi am 18. Juni in Tunis lobte Abd al-Jalil nicht nur den tunesischen Einsatz zugunsten

¹⁹ Vgl. Tripoli Post, 15.8.2011 (Libya rebels, government hold talks in Tunisia); angeblich ließ Qaddafi auch die Möglichkeit eines Asyls seiner Familie in Tunesien sondieren.

²⁰ Wegen der Länge des Konfliktes und dem damit verbundenen Schrumpfen der Reserven nahm der Grenzschmuggel zu. Insbesondere Benzin/Diesel wurde geschmuggelt, das in Libyen wegen der ausgefallenen Raffinerie in Zawiya besonders knapp war; vgl. Magharebia, 27.7.2011 (Les traffics alimentaires vers la Libye inquiètent les Tunisiens); ebenda, 23.8.2011 (Le trafic de pétrole en Libye affecte la Tunisie du sud).

²¹ Tunisia Radio, 20.6.2011 nach BBC Monitoring, London, 20.6.2011 (Libyan official praises Tunisian support for Libya, people).

²² Vgl. Algerie-Focus, 3.8.2011 (En accord avec le Qatar, le chef de l'état-major de l'armée tunisienne autorise la livraison d'armes aux rebelles libyens).

²³ Vgl. Maghreb Confidential, Paris, 7.7.2011 (Al-Thani négocie le soutien de Tunis au CNT).

²⁴ TAP, Tunis, 17.6.2011 (La Tunisie ouvrira une représentation commerciale à Benghazi):

des NTC und die brüderliche Rolle Tunesiens, sondern versprach zugleich, dass in der anstehenden Wiederaufbauphase „Tunisians will have the biggest role“.²⁵ Die offizielle Anerkennung des NTC durch die tunesische Regierung erfolgte am Abend des 21. August, nachdem die Oppositionsstreitkräfte Tripolis weitgehend eingenommen hatten und damit das Ende der Qaddafiherrschaft besiegelt war.²⁶ Der Fall von Tripolis wurde in der breiten tunesischen Bevölkerung mit Zufriedenheit, ja Freude aufgenommen und eine tunesische Delegation reiste am 24. August nach Banghazi, um dem libyschen Volk „zum Erfolg seiner Revolution“ zu gratulieren. Bei diesem Treffen betonte Abd al-Jalil, dass „das libysche Volk niemals die Unterstützung Tunesiens vergessen werde, die mit zum Sieg der Revolution und zur Verhinderung einer Zweiteilung Libyens beigetragen habe.“²⁷

Perspektiven der tunesisch-libyschen Beziehungen

Die tunesisch-libyschen Beziehungen stehen trotz sicherheitspolitischer Probleme²⁸ vor einem deutlichen Aufschwung. Der libysche Übergangsregierungschef Mahmud Jibril würdigte bei seinem Besuch in Tunis am 3. September, wo er Gespräche u.a. mit Interimspräsident Mebazaa und Premierminister Caid Essebsi²⁹ führte, nicht nur die „Inspiration der (libyschen) Jugend durch das tunesische Beispiel“, sondern befürwortete zugleich eine langfristige sicherheitspolitische, politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit.³⁰ Bereits wenige Tage zuvor bot in diesem Zusammenhang Tunesien dem NTC zur Verbesserung der Sicherheitslage die Entsendung von mehreren Hundert tunesischen Polizisten an.

Beim ersten Besuch des tunesischen Premierministers Caid Essebsi in Libyen (Banghazi, 12. Oktober) stand die Wirtschaftskooperation im Mittelpunkt. Libyen ist gegenwärtig der wichtigste afrikanische Handelspartner Tunesiens und diese Rolle wird sich verstärken, denn der NTC sagte Caid Essebsi eine bevorzugte Einstellung tunesischer Arbeitskräfte zu (zunächst sollen bis zu 50.000 rekrutiert werden). Nach Angabe von NTC-Vizepräsident Ghouga ist dies eine Kompensation dafür, dass Tunesien so massiv direkt und indirekt die

²⁵ Tunisia Radio, 18.6.2011 (Libyan NTC chairman praises Tunisian brotherly stances).

²⁶ Middle East Online, 21.8.2011 (Tunisia recognizes Libyan rebels).

²⁷ La Presse de Tunisie, 26.8.2011 (Le peuple libyen n'oubliera jamais le soutien historique de la Tunisie).

²⁸ Hierzu gehört die unkontrollierte Waffenzirkulation aus libyschen Beständen auch in Südtunesien bzw. auf der Route nach Algerien; Tunesien verschärfte deshalb ab Juli die Sicherheitsvorkehrungen im Grenzgebiet. Ende August stellte sich ein Libyer den tunesischen Behörden, der im Auftrag des Qaddafiregimes Anschläge gegen die Botschaften Katars und der Vereinigten Arabischen Emirate in Tunis verüben sollte.

²⁹ Beide Politiker hatten sich bereits auf der Libyenkonferenz in Paris am 1.9.2011 gesprochen, wo die tunesische Regierung zusagte, alles in ihrer Kraft stehende zu tun, das „neue Libyen“ zu unterstützen (La Presse de Tunisie, 2.9.2011).

³⁰ Tunisia Radio, 3.9.2011 (Tunisian president, Libyan premier discuss relations, give statements); ebenda, 3.9.2011 (Tunisian, Libyan premiers discuss long-term security cooperation).

libysche Revolution unterstützte. Die tunesische Hilfe, so Gougha, sei für den Erfolg der Revolution in Libyen „ausschlaggebend“ gewesen.³¹

Es ist deswegen zu erwarten, dass die Wirtschaftskooperation nach dem Ende der Kämpfe in Libyen, der Einsetzung einer neuen libyschen Regierung und der Freigabe eingefrorener libyscher Staatsvermögen im Ausland schnell ausgebaut wird. Für beide Staaten ist wegen der direkten Nachbarschaft eine pragmatische Kooperation, ungeachtet der jeweils politisch-ideologischen Ausrichtung der Regierungen, opportun.³² Die Wirtschaftskooperation wird dem Eigeninteresse auf beiden Seiten folgend nicht behindert werden. Ob in anderen Bereichen die Zusammenarbeit gestärkt wird, hängt von den künftigen Machtverhältnissen in der tunesischen wie libyschen Regierung und dem außenpolitischen Kurs dieser Regierungen ab. Käme es – wie in den 1970er oder 1980er Jahren unter Qaddafi – zur Einmischung in innere Angelegenheiten, um z.B. „genehme“ politische Akteure zu fördern, wäre die gute Nachbarschaft gefährdet. Es kann davon ausgegangen werden, dass säkular, liberal orientierte Regierungen auf beiden Seiten die bilaterale Kooperation begünstigen würden. Wenn die neue libysche Regierung die Sicherheitsfrage allerdings nicht prioritär angeht und Maßnahmen ergreift, die erkennbar für die Nachbarländer die bewaffneten islamistischen Gruppen an transnationalen Aktivitäten hindert und die Waffenproliferation unterbindet, werden sich nicht nur die Beziehungen zu Tunesien, sondern zu allen Anrainerstaaten verschlechtern.

2.2. Algerien

Die algerisch-libyschen Beziehungen³³ waren zwar in den letzten Jahrzehnten durch Rivalität insbesondere im Aktionsraum Afrika geprägt, fußten aber auf einem gemeinsamen Grundverständnis, das von der Anerkennung der dominanten Rolle des Militärs im Staat über die Sicherung der nationalen Ressourcen bis hin zur kategorischen Ablehnung externer Einflussnahme auf innere Entwicklungen reichte. Unter diesem Gesichtspunkt setzte sich die algerische Staatsführung zwar rhetorisch für „die Rechte des libyschen Volkes“ ein, de facto stand sie aber auf Seiten Qaddafis.

Die algerische Regierung, die sich zum Zeitpunkt des Ausbruchs der bewaffneten Auseinandersetzungen in Libyen Mitte Februar zunächst um das Schicksal der mehrere Tausend starken algerischen Arbeitsmigrantengemeinde in Libyen sorgte und die

³¹ Vgl. La Presse de Tunisie, 9.10.2011 (al-Ghouga: «Sans l'aide tunisienne notre révolution aurait échoué»).

³² Die im September 2011 nach Tunesien geflüchteten hochrangigen Politiker wie Revolutionsratsmitglied al-Khuwildi al-Humaidi oder Premierminister al-Baghdadi al-Mahmudi (Verhaftung wegen illegaler Einreise), deren Auslieferung der NTC fordert, werden unabhängig davon, wie die tunesischen Gerichte entscheiden, die Beziehungen nicht nachhaltig belasten.

³³ Vgl. als Überblick al-Atrash 2011, a.a.O. (Anm. 8), S.254-255.

Repatriierung von 4.000 Staatsangehörigen organisierte, hielt in den Folgemonaten über Emissäre engen Kontakt zu Qaddafi.³⁴ Internationale Sanktionsvorgaben, die sich aus den UN-Resolutionen 1970 und 1973 ergaben, setzte sie deswegen widerwillig, verzögert und nur soweit sie unumgänglich waren um. Offiziell hieß es jedoch, „Algerien wendet die UN-Resolutionen penibel an“ (Außenminister Medelci).³⁵ Der NTC schaltete daraufhin im April die Arabische Liga ein und forderte diese auf, die Verstöße der algerischen Regierung gegen die Beschlüsse der UNO zu untersuchen.³⁶ Scharfe Proteste der algerischen Regierung gegen die Beschuldigungen des NTC waren die Folge und belasteten das erste formale Treffen beider Seiten am 6. Juni.³⁷

Tatsächlich hatte die algerische Regierung die libyschen Auslandsguthaben Qaddafis, seiner sechs Kinder und von neun weiteren Funktionsträgern erst im Juni eingefroren; die entsprechende UN-Resolution war jedoch bereits am 26. Februar beschlossen worden.³⁸

Nach anderen Berichten und Beschuldigungen des NTC von Mitte April und Anfang September unterstützte die algerische Staatsführung das Qaddafiregime, indem es zum einen im April/Mai die Ausreise von algerischen Freiwilligen („Söldner“), die für Qaddafi zu kämpfen bereit waren, nicht unterband, und zum anderen indem es Waffenlieferungen u.a. aus China nach Westlibyen über algerisches Territorium erlaubte. In beiden Fällen gab es die entsprechenden offiziellen Dementis des algerischen Außenministeriums³⁹ und den Vorwurf an die libysche Opposition, sie diffamiere Algerien ganz bewusst. Die chinesischen Waffenlieferungen über Algerien scheinen indes nicht nur Propaganda des NTC gewesen zu sein wie Mitte September in Tripolis aufgefundene Dokumente belegen.

Drei Faktoren begünstigten die proqaddafische Haltung der algerischen Staatsführung:

- Erstens die exzessive Auslegung der UN-Resolution 1973 durch die westlichen Staaten, die weit über die Einführung einer Flugverbotszone hinausging, und unter Bezug auf die Resolutionsformulierung „Billigung aller weiteren Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung“ zur Rechtfertigung des aktiven Eingreifens in die Bodenkämpfe und den Sturz des Qaddafiregimes diente. Die algerische Regierung, die im Vorfeld der Resolutionsentscheidung zusammen mit anderen Staaten (darunter

³⁴ Vgl. <www.aljazeera.net>, 26.6.2011 (Algeria's "increasingly evident" support for Al-Qadhafi).

³⁵ Algerie-Focus, 21.6.2011 (Libye: « L'Algérie applique scrupuleusement les résolutions du Conseil de sécurité »).

³⁶ Vgl. al-Sharq al-awsat, London, 18.4.2011 nach BBC Monitoring, London, 18.4.2011 (Libyan opposition asks Arab League to probe alleged Algerian support for Qadhafi).

³⁷ El-Watan, Algier, 7.6.2011 (L'Algérie en contact avec le CNT libyen).

³⁸ Vgl. Maghreb Emergent, Algier, 5.6.2011 (Alger se plie aux décisions de l'Onu sur le gel des avoirs libyens).

³⁹ Vgl. AFP, Paris, 12.4.2011 (Libye/mercenaires algériens: Alger dénonce un « acharnement » des rebelles).

Syrien) die Einführung einer Flugverbotszone⁴⁰ zu verhindern suchte, verurteilte folglich die NATO-Intervention⁴¹ und übte Kritik an den Bombardements.⁴² Sie plädierte seit Februar für eine friedliche Lösung des internen Konflikts in Libyen und einen sofortigen Waffenstillstand. Zugleich stellte Außenminister Medelci klar, dass für Algerien der Rücktritt Qaddafis keine Vorbedingung für eine friedliche Konfliktlösung sei.

- Zweitens die signifikante Rolle der Islamisten innerhalb der libyschen Oppositionsbewegung, die von der algerischen Regierung wie auch den algerischen Sicherheitsbehörden mit großer Sorge beobachtet wurde, weil sie durch den Erfolg der libyschen Islamisten⁴³ sowohl eine Stärkung der algerischen Islamisten insgesamt als auch der AQMI und ihrer terroristischen Aktivitäten⁴⁴ befürchtete. Qaddafi war nicht nur für europäische Staaten, sondern auch die nordafrikanischen Nachbarstaaten, in erster Linie Algerien, ein Garant für die Eindämmung der islamistischen Gruppen. Die algerische Regierung verschärfte deshalb Anfang März die Überwachung der Grenzen zu Libyen, Niger und Mali durch die Mobilisierung weiterer Grenztruppen und erzielte bereits Erfolge im Kampf gegen den Waffenschmuggel aus Libyen.⁴⁵ Für den algerischen Vizeaußenminister Messahel wurde durch den libyschen Bürgerkrieg und den Sturz Qaddafis in der Sahelzone ein zusätzliches Bedrohungspotential geschaffen.⁴⁶
- Drittens die komplette Plünderung der ostlibyschen Militärdepots u.a. durch Mitglieder gewaltbereiter islamistischer Gruppen mit der Folge, dass zahlreiche der geplünderten Kleinwaffen, Granatwerfer und SA-5/7-Boden-Luft-Raketen, über Tschad, Niger und Mali in den Sahelraum gelangten und die Arsenale der AQMI⁴⁷ füllten oder direkt über die südalgerisch-libysche Grenze ihren Weg zu den islamistischen Gruppen in Algerien fanden.

⁴⁰ Vgl. El-Watan, Algier, 14.3.2011 (L'Algérie a voté contre l'établissement d'une zone d'exclusion aérienne en Libye: Bouteflika soutien El Gueddafi).

⁴¹ Vgl. <www.algerie-dz.com>, 10.3.2011 (L'Algérie s'oppose à une ingérence étrangère en Libye).

⁴² Vgl. Liberté, Algier, 23.3.2011 (Alger critique les bombardements en Libye).

⁴³ Vgl. zu dieser Auffassung Liberté, Algier, 29.8.2011 zitiert nach BBC Monitoring, London, 29.8.2011 (Libyan conflict "galvanized" Algerian Islamists).

⁴⁴ Vgl. L'Expression, Algier, 24.3.2011 (Medelci: «La crise en Libye risque de booster le terrorisme»).

⁴⁵ Hierzu gibt es mehrfach Meldungen; vgl. zuletzt Echourouk El Youmi, Algier, 3.9.2011 zitiert nach BBC Monitoring, London, 3.9.2011 (Algeria seizes arms reportedly destined for Al-Qa'idah in Maghreb); im September beschloss die Regierung den Bau von 50 neuen Kasernen entlang der Ost- und Südgrenze bis 2013, um dadurch die Grenzkontrolle zu verbessern.

⁴⁶ Vgl. hierzu das Interview von Vizeaußenminister Messahel vom 3.9.2011 in: La Tribune de l'Algérie, 5.9.2011 (Conférence de presse de Abdelkader Messahel).

⁴⁷ Vgl. zu ihrer Situation Thornberry, William/Levy, Jaclyn: Al Qaeda in the Islamic Maghreb, Washington DC, September 2011, unter <http://csis.org/files/publication/110901_Thornberry_AQIM_WEB.pdf>.

Die Position der algerischen Regierung wurde von vielen algerischen Parteien und Journalisten geteilt.⁴⁸ Dies betraf sowohl die Einschätzung, dass die NATO das erteilte UN-Mandat weit überschreitet – Louisa Hanoune von der Arbeiterpartei (Parti des Travailleurs; PT) sprach sogar von einem „internationalen Staatsstreich gegen Qaddafi“⁴⁹ –, als auch die generelle Kritik an der Militärintervention. Medienberichte warfen „dem Westen“ vor, dass er mit seinen Aktionen in Tunesien, Ägypten und Libyen nichts als Chaos verursache.⁵⁰ Weiteres Thema der Berichterstattung war die Präsenz von Islamisten in den Reihen der libyschen Oppositionsbewegung, deren demokratische und freiheitliche Zielsetzung sie in Zweifel zogen.⁵¹ Der NTC wurde überdies beschuldigt, Libyen unnötig in den Bürgerkrieg gestürzt zu haben.

Mit zunehmendem Erfolg der libyschen Oppositionsbewegung gab es vereinzelt positive Stimmen auf Seiten algerischer Oppositionsparteien. So verbreitete die Partei Front der Sozialistischen Kräfte (Front des Forces Socialistes; FFS) nach der Einnahme von Tripolis, dass „der nahe Sturz des Qaddafiregimes für alle Freiheitsliebenden eine gute Nachricht ist“,⁵² und die islamistische MSP gratulierte dem libyschen Volk zur Wiedererlangung der Freiheit. Anfang September schließlich lobte Said Sadi, der Parteiführer der berberisch dominierten Sammlungsbewegung für Kultur und Demokratie (Rassemblement pour la Culture et la Démocratie; RCD;), in einem offenen Brief den NTC dafür, dass er in Libyen eine militärische Diktatur zu Fall und neue Hoffnung gebracht habe.⁵³

Der siegreiche Einmarsch der Oppositionsstreitkräfte in Tripolis am 21. August veränderte schließlich für die algerische Regierung die Sachlage. Mit dem de facto Sturz Qaddafis und der wachsenden internationalen Anerkennung des NTC⁵⁴ musste die algerische Staatsführung ihre Haltung gegenüber dem NTC klären.⁵⁵ Die Anerkennung des NTC als Vertretung Libyens in der Arabischen Liga zwang die algerische Staatsführung zu einer Entscheidung,

⁴⁸ Die Berichterstattung in den algerischen Medien zur Entwicklung des Konfliktes in Libyen war sehr umfangreich; zudem fanden mehrere Diskussionsveranstaltungen statt, auf denen u.a. auch algerische (ehemalige) Offiziere ihre Einschätzung der Lage kundtaten; vgl. z.B. L'Expression, Algier, 27.4.2011 (Deux généraux décryptent la crise libyenne). In einigen Artikeln wurde die enge Parteinahme des algerischen Präsidenten zugunsten Qaddafis kritisiert; vgl. Tribune Libre, Algier, 25.8.2011 (Libye: Quelle honte, Monsieur Bouteflika!).

⁴⁹ L'Expression, Algier, 29.8.2011 (Louisa Hanoune: «C'est un coup d'état international»); vgl. Le Quotidien d'Oran, 11.6.2011 (Dictatures et guerres impériales).

⁵⁰ L'Expression, Algier, 10.5.2011 (Tunisie, Egypte, Maroc et Libye: Les occidentaux ouvrent les portes du chaos).

⁵¹ Algerie-Focus, 22.3.2011 (Libye: Et si les bons de Benghazi n'étaient pas aussi bons qu'on le dit ?).

⁵² Les Dépêches, Algier, 23.8.2011 (FFS: La chute du régime de Gueddafi est une bonne nouvelle pour tous les militants de la liberté).

⁵³ Vgl. den Text in: Tribune Libre, Algier, 4.9.2011 (Lettre de soutien de Said Sadi au CNT libyen).

⁵⁴ Zuletzt die kollektive Anerkennung durch die Libya Contact Group anlässlich ihres vierten Treffens in Istanbul am 15.7.2011.

⁵⁵ Entsprechende Fragestellungen behandelte auch die algerische Presse; vgl. u.a. Liberté, Algier, 25.8.2011 (Après la reconnaissance du CNT par la communauté internationale: L'Algérie face à l'après-Kadhafi).

zumal klar war, dass auf der Sitzung des Rates der Arabischen Liga am 29. August in Kairo der Chef der libyschen Übergangsregierung Mahmud Jibril teilnehmen und auf den algerischen Außenminister Medelci treffen würde.⁵⁶

So unter Zugzwang geraten, beriet das Außenministerium seine Position und gab am 26. August ein offizielles Kommuniqué⁵⁷ heraus, in dem es betonte, dass Algerien stets „strikte Neutralität“ bewahrt habe und sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmische;⁵⁸ zudem respektiere Algerien die Entscheidung jeden Landes in eigenen Souveränitätsangelegenheiten. Behauptungen, Algerien halte sich nicht an UN-Resolutionen, wies die algerische Regierung als inakzeptabel zurück. Wann und unter welchen Bedingungen Algerien den NTC anerkennen wolle, wurde im Kommuniqué nicht explizit erwähnt. Allerdings hieß es im Umfeld des Außenministeriums, Algerien werde den NTC erst dann anerkennen, wenn die algerischen Sicherheitsinteressen gewahrt werden würden; das heißt, wenn sich der NTC verpflichtet habe, gegen AQMI/bewaffnete Islamisten vorzugehen und die Terrorismusbekämpfung im Sahel zu unterstützen.⁵⁹

Der NTC wiederum hob die „historischen Beziehungen“ zwischen Libyen und Algerien hervor und forderte die algerische Regierung auf, die Realität der libyschen Revolution anzuerkennen.⁶⁰ In diesem Sinne gab es – trotz des Streites über das politische Asyl für Angehörige der Familie Qaddafis⁶¹ – anlässlich der Teilnahme von Außenminister Medelci an der „Konferenz der Freunde Libyens“ in Paris am 1. September eine leichte Modifikation des algerischen Standpunktes. Außenminister Medelci bezeichnete in einem Interview mit *Europe 1* den NTC als „Träger des Emanzipationswillens des libyschen Volkes“ und stellte eine diplomatische Anerkennung in Aussicht. Als Zeitpunkt nannte Medelci die Bildung einer

⁵⁶ Dies ist auch so geschehen; vgl. Algerian Radio, 29.8.2011 nach BBC Monitoring, London, 29.8.2011 (Algerian FM, Libyan NTC Executive Council chairman meet, hold talks in Cairo).

⁵⁷ Vgl. Text, abgedruckt in: Liberté, Algier, 27.8.2011 (Libye: Communiqué du Ministère des affaires étrangères).

⁵⁸ Algerien verwarfte sich in diesem Zusammenhang auch gegen politischen Druck von Seiten der USA, Frankreichs und Großbritanniens, seine Libyenpolitik zu modifizieren.

⁵⁹ Vgl. Algerie-Focus, 25.8.2011 (L'Algérie ne reconnaîtra pas le CNT tant qu'il s'engage pas à combattre Aqmi).

⁶⁰ Vgl. das Interview mit Mahmud Jibril in: Echourouk El Youmi, Algier, 24.8.2011 zitiert nach BBC Monitoring, London, 24.8.2011 (Libyan rebels official stresses "historic" ties with Algeria).

⁶¹ Am Montag, den 29.8.2011 waren u.a. die Ehefrau Qaddafis, die Tochter Aischa und die Söhne Muhammad und Hannibal mit ihren Familien in der Nähe von Ghadamis nach Algerien eingereist, wo sie aus „strikt humanitären Gründen“ Aufnahme fanden; Tochter Aischa gebar noch in der Nacht eine Tochter. Der NTC sah in der Aufnahme einen „feindlichen Akt“ und verlangte die Auslieferung; die algerische Regierung sicherte indessen der Familie Qaddafis unbegrenzten Aufenthalt zu, machte aber gleichzeitig deutlich, dass Revolutionsführer Qaddafi in Algerien unerwünscht sei und kein Asyl erhalten werde. Die algerisch-libysche Grenze wurde für geschlossen erklärt; vgl. Tripoli Post, 30.8.2011 (Angry NTC calls on Algeria to hand over Al Qathafi family members); Algerie-Focus, 29.8.2011 (CNT: «L'Algérie commet un acte d'agression»).

erweiterten Übergangsregierung mit Sitz in der libyschen Hauptstadt Tripolis.⁶² Unabhängig von der Frage der diplomatischen Anerkennung gibt es immerhin seit Anfang September erste direkte Kontakte auf der Basis von bilateralen Arbeitsgruppen, in denen die algerische Seite vor allem die Sicherheitskooperation thematisiert.

In der algerischen Presse und bei Politikern wie der Präsidentin der Arbeiterpartei Louisa Hanoune oder der Ministerin für Kultur, Khalida Toumi, hält indessen das Misstrauen gegenüber Libyen und die zu enge Kooperation des NTC mit westlichen Staaten an. Die Libyen-Kontaktgruppe wird in diese Sinne als neokoloniales Instrument gesehen, eine Einschätzung, die auch für die Teilnehmer der „Konferenz der Freunde Libyens“ gelten dürfte.⁶³ Gestiegen ist auch das Misstrauen gegenüber der NATO wegen ihres Libyeneinsatzes.

Perspektiven der algerisch-libyschen Beziehungen

Der Ausbau der algerisch-libyschen Beziehungen und die Überwindung des bilateralen „kalten Krieges“ – so die algerische Tageszeitung El Watan – hängt ganz von den innerlibyschen Entwicklungen ab: Die Zusammensetzung und Ausrichtung der neuen libyschen Regierung, ihr Umgang mit den bewaffneten islamistischen Gruppen und dem Problem der Waffenproliferation, sowie die künftige Haltung Libyens zur NATO und der Einfluss der Libyen-Kontaktgruppe auf die Entwicklung des Landes werden die Bereitschaft der algerischen Staatsführung zum Ausbau der Zusammenarbeit beeinflussen. Die Sicherheitskooperation hat für Algerien oberste Priorität. Ob die neue libysche Regierung die Gefahrenwahrnehmung Algeriens teilt und praktische Maßnahmen ergreifen wird, die für die algerische Seite überzeugend den Willen zur Bekämpfung der (islamistischen) bewaffneten Gruppen und ihrer Netzwerke ausdrückt, ist noch nicht erkennbar.

2.3. Ägypten

Die ägyptisch-libyschen Beziehungen waren trotz grundsätzlicher Differenzen in Teilaspekten⁶⁴ stets pragmatisch. Das bilaterale Verhältnis wurde durch die rund dreißigjährige Routine im persönlichen Umgang von Präsident Mubarak und Revolutionsführer Qaddafi sowie durch die intensive Wirtschaftskooperation inklusive hoher

⁶² Vgl. *Algerie-Focus*, 1.9.2011 (L'Algérie va reconnaître le CNT qui est «porteur d'une volonté d'émancipation du peuple libyen»); *Al-Ahram*, Kairo, 1.9.2011 (Algeria to recognize new Libya rulers when government is formed).

⁶³ Vgl. *Le Quotidien d'Oran*, 12.6.2011 (Une tutelle dénommée «groupe de contact»).

⁶⁴ Dies betrifft z.B. die Politik gegenüber Israel, wo Qaddafi im Unterschied zu Ägypten jegliche Annäherung ablehnte, oder auch gegenüber den USA, das Ägypten jährlich hohe Summen an Militärhilfe gewährt, während Libyen wegen seines Ölreichtums auf keine externe Hilfe angewiesen war und bis zur Normalisierung der Beziehungen 2004 eine antiamerikanische Politik verfolgte.

libyscher Direktinvestitionen in Ägypten geprägt. Libyen ist zudem traditionell Zielland ägyptischer Arbeitsmigration; zum Jahresbeginn 2011 befanden sich rund eineinhalb Millionen Ägypter in Libyen.

Mit dem Ausbruch der Proteste in Ägypten am 25. Januar 2011 solidarisierte sich Revolutionsführer Qaddafi analog zum tunesischen Beispiel mit Präsident Mubarak. In mehreren Telefonaten betonte er sein Vertrauen in Mubaraks Fähigkeit, „die Stabilität der ägyptischen Gesellschaft bewahren zu können“.⁶⁵ In den libyschen Medien wurde vom Ärger Qaddafis über die Entwicklung in Ägypten berichtet. Qaddafi machte Islamisten, den über den katarischen Fernsehsender al-Jazeera predigenden ägyptischen Scheich Yusuf al-Qaradawi sowie Agenten des israelischen Geheimdienstes Mossad für die Unruhen verantwortlich und wies zugleich die Kritik am hohen Auslandsvermögen Mubaraks zurück: „Mubarak ist arm“.⁶⁶ Zeitgleich evakuierten die libyschen Behörden per Luftbrücke mehrere Hundert Libyer, die in Kairo in die blutigen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Protestierenden gerieten, aus der Stadt.

Nach dem nahezu zeitgleichen Rücktritt Mubaraks (11. Februar 2011) und dem Beginn der Proteste in Libyen (17. Februar) veränderten sich die bilateralen Beziehungen. Der seit 11. Februar in Kairo die Macht ausübende *Supreme Council of the Armed Forces* (SCAF) unter Vorsitz von Feldmarschall Tantawi hielt sich mit Äußerungen zu den politischen Entwicklungen in Libyen auffallend zurück. Die Sorge um das Schicksal der rund eineinhalb Million ägyptischen Arbeitskräfte, die in Ost- und Westlibyen als Folge der Unruhen festsaßen, und die Kooperation mit den internationalen Hilfsorganisationen, den Migranten zu helfen, bestimmten das Handeln des SCAF. Die Rückkehr von mindestens 500.000 ägyptischen Arbeitskräften bis Ende März war für den SCAF eine hohe wirtschaftliche Belastung angesichts einer durch die vorausgehenden Proteste in Ägypten stark angeschlagenen ägyptischen Wirtschaft. Insofern waren der Sturz Qaddafis im August und das Ende der Kämpfe in Tripolitanien aus ägyptischer wirtschaftspolitischer Sicht eine äußerst positive Entwicklung, weil damit eine Normalisierung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen in Aussicht stand. Ende August kehrten bereits die ersten 40.000 bis 50.000 ägyptischen Arbeitskräfte nach Libyen zurück, wo sie wegen ihrer Fertigkeiten unentbehrlich sind.⁶⁷ Insgesamt erhofft sich der SCAF, dass beim Wiederaufbau in Libyen bis zu zwei Millionen Ägypter als Arbeitskräfte eingesetzt werden⁶⁸ und sich die Wirtschaftskooperation in allen Sektoren dynamisch entwickelt und die angestrebte gute Nachbarschaft untermauert.

⁶⁵ Libya al-youm, Tripolis, 28.1.2011 (al-qaddafi).

⁶⁶ Vgl. <www.albawaba.com>, Amman, 8.2.2011 (Gaddafi fears riots, says Mubarak is poor).

⁶⁷ Vgl. im Detail Al-Ahram, Kairo, 24.8.2011 (Peace profits: what Egypt's economy stands to gain from Libyan stability).

⁶⁸ Vgl. ausführlich The Daily News Egypt, 4.9.2011 (Egypt-Libya economic cooperation starts with 2 million workers).

Auf libyscher Seite versuchte sowohl Qaddafi als auch der NTC, die Unterstützung des SCAF zu gewinnen. Qaddafi ging davon aus, dass der SCAF die Politik Mubaraks fortsetzen würde und er deshalb auf die Unterstützung Ägyptens in seinem Kampf gegen „Islamisten und Verräter“ zählen könne. In diesem Sinne wurde nicht nur der in Kairo residierende Koordinator für die libysch-ägyptischen Beziehungen, Qaddafis Vetter Ahmad Qaddaf al-Damm, aktiv; es wurden auch verschiedene Emissäre aus Tripolis nach Kairo entsandt. Darunter war bereits am 9. März eine hochrangige Delegation unter Generalmajor Abd al-Rahman al-Zuwaihi, dem Verantwortlichen für die Ausrüstung der libyschen Armee, sowie am 12. März General Abd al-Rahman al-Sayyid. Sie sollten zum einen sicherstellen, dass der SCAF nicht mit dem am 5. März gegründeten NTC kooperiert, sondern die libysch-ägyptische Grenze überwacht, damit die libyschen Rebellen nicht über Ägypten materielle Hilfe und Waffen⁶⁹ ins Land schmuggeln können. Zum anderen sollten sie dafür sorgen, dass die ägyptische Armee Waffen und Ausrüstungsmaterialien an die Streitkräfte Qaddafis liefert.⁷⁰ Der SCAF kam diesem Anliegen nicht nach, weil eine eindeutigere Parteinahme zugunsten Qaddafis bei der ägyptischen Protestbewegung auf zu großen Widerstand gestoßen wäre.⁷¹

Die ägyptische Protestbewegung bezog bereits seit Ausbruch der Kämpfe in Libyen gegen das Qaddafiregime Stellung und verurteilte Qaddafis „Kampf gegen die legitimen Interessen des libyschen Volkes“ sowie die damit einhergehenden Menschenrechtsverletzungen scharf.⁷² Der Scheich der religiösen Hochschule al-Azhar, Ahmad al-Tayyib, rief bereits am 26. Februar wegen des gewaltsamen Vorgehens der Sicherheitsorgane gegen die Demonstranten in Banghazi den SCAF dazu auf, mit dem Qaddafiregime zu brechen.⁷³ Die ägyptische Protestbewegung teilte die Ansicht der libyschen „Bewegung des 17. Februar“, dass die tunesische, ägyptische und libysche Revolution komplementär seien und organisierte folglich seit Ende Februar materielle Unterstützung zugunsten der libyschen Opposition.⁷⁴ In der ägyptischen Öffentlichkeit gab es trotz aller Solidarität mit der „Bewegung des 17. Februar“ auch kritische Äußerungen, die sich insbesondere auf die Art und Weise bezogen, wie sich „der Westen“ auf Seiten der Opposition in den Konflikt einmischte; die humanitäre Zielsetzung der Intervention wurde in Frage gestellt. So verurteilten u.a. die Scheichs der al-

⁶⁹ Am 17.3.2011 gab es Meldungen, dass mit Billigung des SCAF Kleinwaffen und Munition u.a. seitens der USA und Katars an die Streitkräfte des Nationalen Übergangsrates nach Libyen geliefert wurden; eine offizielle Bestätigung dafür gibt es aber nicht; vgl. Wall Street Journal, 17.3.2011 (Egypt said to arm Libya rebels).

⁷⁰ Vgl. u.a. Al-Ahram, Kairo, 9.3.2011 (Libyan official flies to Egypt with Gaddafi message).

⁷¹ Vgl. <www.asharq-e.com>, London, 13.3.2011 (Egypt rejects Gaddafi request for military help).

⁷² Der UN-Menschenrechtsrat in Genf setzte deshalb am 12.3.2011 ein Expertenkomitee zur Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen ein; Vorsitzender des Komitees wurde der Ägypter Sharif Bassyuni.

⁷³ Vgl. Alarabonline, 26.2.2011 (al-azhar yad'u qiyadat al-jaish ila al-inshiqaq ala al-qaddafi; Die Azhar ruft die Armee auf, sich von Qaddafi loszusagen).

⁷⁴ Vgl. exemplarisch <[almasry-alyoum](http://almasry-alyoum.com)>, Kairo, 22.2.2011 (Egyptian activists and tribes organize Libya-bound aid).

Azhar am 23. März in einer Erklärung die „militärische Aggression des Westens in Libyen“⁷⁵ und die ägyptische „Bewegung des 6. April“, gleichfalls gegenüber der westlichen Intervention kritisch eingestellt, rief nach dem Fall von Tripolis am 21. August die NATO auf, umgehend „das Land zu verlassen“.⁷⁶

Der SCAF blieb angesichts der internen Brisanz zwar de facto auf Distanz zum Qaddafiregime, distanzierte sich aber offiziell nicht von ihm. Die Sorge um die immer noch zu Hunderttausenden in Libyen lebenden ägyptischen Arbeitnehmer und die Angst vor möglichen Repressalien des Qaddafiregimes ließen einen solchen Schritt inopportun erscheinen. Dennoch nahm der SCAF Anfang Mai erste offizielle Kontakte zum NTC auf: Der SCAF sandte eine ägyptische Delegation sowohl nach Tripolis als auch nach Banghazi, um die Lage der in Libyen verbliebenen ägyptischen Arbeitnehmer zu untersuchen und Garantien für ihre Sicherheit zu erhalten.

Die Einnahme von Tripolis am 21. August durch die Streitkräfte des NTC und der damit besiegelte Sturz Qaddafis beendete die Rücksichtnahme des SCAF. Bereits am Folgetag erkannte der SCAF (wie auch die Arabische Liga) den NTC als legitime und einzige Vertretung des libyschen Volkes an.⁷⁷ Unter dem Druck von rund tausend Demonstranten vor dem libyschen Botschaftsgebäude in Kairo willigte der SCAF ein, dass die bisher von Qaddafitreuen gehaltene libysche Botschaft von Anhängern des NTC übernommen und die Flagge der libyschen Revolution gehisst werden konnte. Am 2. September betonte der ägyptische Außenminister Kamil Amr im Anschluss an seine Teilnahme an der Pariser Libyenkonferenz die Bereitschaft Ägyptens, dem NTC alle für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau notwendige Hilfe zur Verfügung zu stellen und libyschen Bitten voll zu entsprechen.⁷⁸ Ägypten habe hohes Interesse daran, dass in Libyen Sicherheit einkehre und demokratische Strukturen aufgebaut werden würden. Nach dieser eindeutigen Positionierung des SCAF, der am 15. September der Besuch von Außenminister Amr in Tripolis⁷⁹ folgte, steht im Prinzip dem Wiederaufbau der politischen und insbesondere der wirtschaftlichen Beziehungen nichts mehr im Wege.

Perspektiven der ägyptisch-libyschen Beziehungen

Die ägyptische Regierung hofft, dass Libyen zügig befriedet werden kann und die wirtschaftlichen Aktivitäten einschließlich der Ölförderung wieder in vollem Umfang anlaufen. Libyen soll erneut wichtiger Abnehmer ägyptischer Arbeitskraft werden; Fernziel

⁷⁵ Alarabonline, 23.3.2011 (al-azhar yunaqid bil-tadakhkhul al-askari al-gharbi fi Libya; Die Azhar kritisiert die westliche militärische Einmischung in Libyen).

⁷⁶ Zu Details vgl. al-Ahram, Kairo, 22.8.2011 (April 6 calls for NATO to leave Libya).

⁷⁷ Vgl. Reuters, 22.8.2011 (Arab League and Egypt recognize Libya's rebels as capital Tripoli falls).

⁷⁸ Vgl. Al-Ahram, Kairo, 5.9.2011 (Libya looks to SCAF, Egypt for Support).

⁷⁹ Agence France Press, 15.9.2011 (Egypt FM first Arab official to visit post-Qaddafi Tripoli).

der ägyptischen Regierung sind zwei Millionen ägyptische Arbeitsmigranten im Nachbarland. Die Wirtschaftskooperation mit Libyen war in der Vergangenheit für Ägypten bedeutsam und wird auch künftig Priorität haben. Dies gilt indes auch umgekehrt, denn Libyen kann den Bedarf an Arbeitskräften vor allem in der Land- und Bauwirtschaft nicht aus dem eigenen Bestand an Arbeitslosen decken, die nur widerwillig beschwerliche Handarbeit annehmen.

2.4. Mauretanien und Marokko

Die Rückwirkungen des Bürgerkrieges auf Mauretanien und Marokko, die nicht an Libyen grenzen, waren zwangsläufig geringer als bei den direkten Nachbarstaaten. Trotzdem gab es zwischen beiden Staaten einen offensichtlichen Unterschied: Im Gegensatz zu Marokko, das hinsichtlich Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft weit vor Mauretanien rangiert, spielte Mauretanien die deutlich dominantere außenpolitische Rolle. Dies hing damit zusammen, dass Mauretanien im Unterschied zu Marokko Mitglied der Afrikanischen Union ist und vom *Peace and Security Council* der Afrikanischen Union auf seiner Sitzung am 10. März 2011 in Addis-Abeba als Mitglied der fünfköpfigen Libyen-Ad-hoc-Vermittlungsgruppe berufen wurde, die im Namen der Afrikanischen Union zur politischen Lösung des Libyenkonfliktes beitragen sollte.

Mauretanien

Die mauretanisch-libyschen Beziehungen verliefen in der Vergangenheit zum Teil sehr turbulent.⁸⁰ Zum Jahresbeginn 2011 können die mauretanisch-libyschen Beziehungen jedoch als normalisiert bezeichnet werden. Zu dieser Normalisierung der bilateralen Beziehungen trug die Haltung Qaddafis gegenüber Präsident Abd al-Aziz bei, dessen Putsch im August 2008 Qaddafi nicht verurteilt hatte. Qaddafi sah vielmehr in Mauretanien einen wichtigen Partner innerhalb der von ihm 1998 begründeten Sahel-Saharastaatengemeinschaft SinSad und im Kampf gegen AQMI. Aus diesen Gründen erhöhten sich auch in den letzten Jahren die Wirtschaftshilfe Libyens an Mauretanien und die libyschen Direktinvestitionen; allein im Februar 2010 waren sechs neue Kooperationsabkommen geschlossen worden. Zugleich bot Qaddafi Mauretanien verstärkt Arbeitsplätze in Libyen an.⁸¹ Unter diesen Umständen ergriff Präsident Abd al-Aziz nach Beginn des Bürgerkrieges in Libyen zunächst zugunsten Qaddafis Partei. Die offizielle mauretanische Position wurde ausgewogener, als Mauretanien (neben Kongo, Mali, Südafrika und Uganda) in das Libyen-Ad-hoc-Vermittlungskomitee der Afrikanischen Union berufen und Präsident Abd al-Aziz sogar der Vorsitz des Komitees

⁸⁰ Vgl. zum Hintergrund al-Atrash (2011), a.a.O. (Anm. 8), S. 256-257.

⁸¹ Nach dem Ausbruch der Kämpfe am 17.2.2011 und der Einstellung der Bauprojekte wurde die Lage der Mauretanier prekär; dank internationaler Hilfe konnten bis April die meisten der 5.000 Mauretanier größtenteils über Tunesien in ihr Heimatland rückgeführt werden; vgl. *Quotidien de Nouakchott*, 29.3.2011 (Crise en Libye: Dommages collatéraux pour la Mauritanie).

übertragen wurde.⁸² Die Vermittlungsreise des Komitees am 10. April nach Libyen sah Gespräche sowohl mit Qaddafi in Tripolis als auch mit Vertretern des NTC in Banghazi vor. Als die Streitkräfte des NTC, wenngleich nur dank NATO-Hilfe, Fortschritte im Kampf gegen das Qaddafiregime erzielten, vollzog Präsident Abd al-Aziz Anfang Juni eine Abkehr von seiner bisherigen Pro-Qaddafi-Position. Am 7. Juni meinte er in einem AFP-Interview, „dass Qaddafi in Zukunft das Land nicht mehr führen kann. Für eine Lösung des Konfliktes ist sein Abgang eine Notwendigkeit“.⁸³ Zugleich warb Präsident Abd al-Aziz in den Folgewochen für eine politischen Lösung, was dazu führte, dass verschiedene Emissäre und Delegationen der beiden libyschen Konfliktparteien in Nouakchott vorstellig wurden, um die Position Mauretaniens zu ihren Gunsten zu beeinflussen.⁸⁴ Eine diplomatische Anerkennung des NTC schloss Präsident Abd al-Aziz allerdings wegen der Rolle des Vermittlers, die Mauretanien übernommen hatte, kategorisch aus.⁸⁵

Die Position des Präsidenten stieß in der mauretanischen Gesellschaft auf geteiltes Echo. Ein Teil der mauretanischen Parteien, insbesondere jene aus der nationalistischen Ecke wie die Sawab-Partei, verurteilten das „westliche Komplott“ gegen Qaddafi und gründeten am 29. März sogar eine „Front gegen den westlichen Kreuzzug in Libyen“. Im August machten zudem Repräsentanten der schwarzafrikanischen Bevölkerung Mauretaniens auf das Schicksal der schwarzafrikanischen Bevölkerung Libyens, der Teda und Toubou, Nachfahren von ehemaligen Sklaven, aufmerksam. Angehörige der Teda und Toubou sollen von den Rebellen misshandelt und ermordet worden sein.⁸⁶ Die Mehrheit der mauretanischen Parteien, darunter die größte Oppositionspartei, die Sammlungsbewegung der demokratischen Kräfte (Rassemblement des Forces Démocratiques), unterstützte hingegen „den legitimen Kampf des libyschen Volkes“ und organisierte Sitzstreiks vor der libyschen Botschaft.

Alle Parteien und zivilgesellschaftlichen Gruppen waren sich indes in der Ablehnung der „Intervention der westlichen Streitkräfte“ in Libyen einig; auch wenn sie betonten, den Menschenrechten und dem Schutz der Zivilbevölkerung verpflichtet zu sein, so interpretierten sie die westliche Intervention als Handlung, die den Rahmen der UN-Resolution 1973 weit übersteigt.⁸⁷

⁸² Vgl. <www.cridem.org>, Nouakchott, 11.3.2011 (Le CPS décide de mettre en place un Comité ad hoc de haut niveau de l'UA sur la situation en Libye).

⁸³ AFP, Paris, 7.6.2011 (Libye: « Kadhafi ne peut plus diriger » le pays, selon le président mauritanien).

⁸⁴ Für die Regimeseite war u.a. der Sekretär für arabische Angelegenheiten der Allgemeinen Volkskonferenz, Sulaiman Shahumi, am 3.7. in Nouakchott, der Büroleiter Qaddafis, Salah Bashir am 10.8.; die erste Delegation des Übergangsrates weilte am 5./6.8. in Nouakchott, wobei hauptsächlich der Plan der Afrikanischen Union zur Beendigung des Konfliktes diskutiert wurde; vgl. hierzu Magharebia, 5.8.2011 (La Mauritanie reçoit une délégation des rebelles libyens).

⁸⁵ Vgl. <www.cridem.org>, Nouakchott, 6.8.2011 (Libye: Le président mauritanien écarte toute reconnaissance du CNT).

⁸⁶ Vgl. ebenda, 19.8.2011 (Pogroms anti-noirs à Benghazi et Misrata).

⁸⁷ Vgl. PANA, Dakar, 23.3.2011 (Les Mauritanien contre l'intervention des forces occidentales en Libye).

Nach der Einnahme von Tripolis durch die Oppositionsstreitkräfte am 21. August gab es in Nouakchott vor dem Sitz der libyschen Botschaft Freudenveranstaltungen zugunsten des NTC und der libyschen Bevölkerung. Viele Parteien, auch die Regierungspartei Union für die Republik (Union pour la République), gratulierten am 22. August dem „libyschen Volk zu dessen vollständigem Sieg“, nicht ohne indes Demokratie und nationale Versöhnung anzumahnen.⁸⁸ Andere Politiker wie Ahmedou Ould Abdallah sahen im Sturz Qaddafis eine Chance, dass jetzt im Sahel ruhigere Zeiten anbrechen, weil die Intervention Qaddafis in der Region vorüber sei.

Die libysche Botschaft in Nouakchott, während des Bürgerkrieges bis zuletzt auf Qaddafis Seite, kapitulierte am 23. August und hisste die Oppositionsflagge. Allerdings blieb die offizielle Anerkennung des NTC durch Mauretanien bislang – analog zur offiziellen Haltung der Afrikanischen Union – aus, auch wenn es inzwischen Arbeitskontakte zur libyschen Übergangsregierung gibt. Diese entsandte in einem ersten Schritt am 28. August einen Vertreter nach Nouakchott, um dort die Kontrolle über die libyschen Investitionen in Mauretanien zu übernehmen. Zugleich nahm Präsident Abd al-Aziz an der „Konferenz der Freunde Libyens“ am 1. September in Paris teil.

Perspektiven der mauretanisch-libyschen Beziehungen

Die mauretanische Regierung wird sich mit der jeweils amtierenden libyschen Regierung arrangieren. Die offiziellen Kontakte werden mit Sicherheit normal verlaufen, wenn von libyscher Seite die Direktinvestitionen in Mauretanien aufrechterhalten werden. Anhaltende Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierungen schwarzafrikanischer Libyer könnten allerdings die Beziehungen belasten.

Marokko

Die bilateralen libysch-marokkanischen Beziehungen⁸⁹ unterlagen seit der Machtübernahme Qaddafis 1969 großen Schwankungen. In den letzten Jahren sind sie jedoch als ausgeglichen zu bezeichnen. Der libysche Staat tätigte in der Vergangenheit hohe Investitionen in Marokko. Die Affäre um zwei marokkanische Berberaktivisten, die Anfang des Jahres 2011 in Libyen wegen des Vorwurfs der Spionage und der Kooperation mit libyschen „Separatisten“ (gemeint waren damit die Berber des Jabal Nafusa) verhaftet worden waren,⁹⁰ belasteten die bilateralen politischen Beziehungen höchstens kurzfristig.

⁸⁸ Vgl. Magharebia, 25.8.2011 (Les Mauritaniens célèbrent la chute de Kadhafi).

⁸⁹ Vgl. als Überblick al-Atrash (2011), a.a.O. (Anm. 8), S. 255-256 oder Maroc-hebdo, Casablanca, 11.9.2009 (Maroc-Libye, 40 ans après l'arrivée au pouvoir de Mouaamar Kadhafi – Des relations tumultueuses), unter <www.maghress.com/fr/marochebdo/85205>.

⁹⁰ Vgl. al-Hayat, London, 11.1.2011 zitiert nach BBC Monitoring, London, 11.1.2011 (Libyan intelligence services arrest Berber activists for “spying”).

Nach Ausbruch des libyschen Bürgerkrieges waren der marokkanische König Mohammed VI. bzw. die marokkanische Regierung zunächst damit beschäftigt, die Sicherheit der rund 100.000 bis 120.000 marokkanischen Arbeitsmigranten in Libyen zu gewährleisten und den in Banghazi versammelten oder über die Grenze nach Tunesien geflüchteten Marokkanern sukzessive die Heimreise zu ermöglichen. Ein eigens von König Mohammed noch im Februar eingesetzter Arbeitsstab kümmerte sich darum, die Arbeitsmigranten mit gecharterten Schiffen und Flugzeugen nach Marokko zu bringen.⁹¹ Zugleich richtete die marokkanische Regierung im Rahmen der internationalen Nothilfe zugunsten der Bürgerkriegsflüchtlinge Anfang März in Südtunesien in der Nähe zur libyschen Grenze ein Militärhospital ein.

Die marokkanische Regierung zeigte sich über den Ausbruch der Gewalt in Libyen sehr besorgt. Sie verurteilte bereits im Februar mit klaren Worten „die blinde Gewalt gegen die Zivilbevölkerung“ und warnte vor negativen Rückwirkungen für die gesamte Region.⁹² Ähnliches galt für die Parteien und die marokkanische Presse, die überwiegend den Kampf der Bevölkerung gegen das repressive Qaddafiregime unterstützten. Die marokkanische Regierung brach dennoch die Beziehungen zu Qaddafi nicht ab und rief in den Folgemonaten stets zur friedlichen Beilegung des Konfliktes auf. Sie richtete diese Forderung direkt an Qaddafi. Marokko, das „dem libyschen Volk die volle Unterstützung seines Volkes und seiner Regierung“⁹³ zusagte und damit indirekt seine Sympathie für die Oppositionsbewegung ausdrückte, bot dem NTC Hilfe bei der Vermittlung im Konflikt an mit der Folge, dass wie im Falle Mauretaniens Emissäre beider Seiten vorstellig wurden.

Auf die militärischen Erfolge der Oppositionsstreitkräfte und die Einnahme von Tripolis am 21. August reagierte die marokkanische Regierung umgehend und pragmatisch, um die eigenen Interessen zu sichern. Bereits am 22. August erkannte Marokko den NTC als einzige Vertretung des libyschen Volkes und als „neue politische Autorität“ in Libyen an. Außenminister Fassi Fahri reiste am 23. August nach Banghazi und überbrachte dem Vorsitzenden des Übergangsrates, Mustafa Abd al-Jalil, eine entsprechende Botschaft des Königs.⁹⁴ Außenminister Fahri beglückwünschte den NTC zu seinem Erfolg, der „dem libyschen Volk den Weg zu Demokratie, Freiheit und Fortschritt eröffne“ und betonte, dass Marokko auch in den kommenden Etappen auf Seiten des libyschen Volkes stehen werde.⁹⁵

⁹¹ Vgl. Le Journal de Tanger, 23.2.2011 (Repatriement des Marocains de Libye).

⁹² Vgl. z.B. Afaït Maroc, 24.2.2011 (Violences en Libye. Le Maroc « extrêmement préoccupé »).

⁹³ Afrique en ligne, 22.4.2011 (Le Maroc plaide pour un règlement national de la crise libyenne).

⁹⁴ Dies war der erste Besuch eines maghrebischen Ministers in Banghazi seit Beginn des Konfliktes; vgl. Afaït Maroc, 22.8.2011 (Le Maroc reconnaît le CNT; visite de ministre des AE à Benghazi). Die diplomatische Anerkennung des NTC stieß nur bei einigen wenigen marokkanischen Sympathisanten Qaddafis auf Kritik; in ihrer Sicht hat „der kleine König Mohamed 6 den von Frankreich eingesetzten Renegaten des Übergangsrates seine Unterwerfung angedient“ (<<http://saidabiida.blog.fr>>, 22.8.2011: Maroc Libye: le petit roi Mohamed 6 fait allégeance aux renégats du CNT).

⁹⁵ Vgl. MAP, Rabat, 25.8.2011 (M. Fassi Fahri: Le Maroc sera du côté du peuple libyen dans toutes les étapes à venir).

Diese Auffassung, verbunden mit der Überzeugung, dass Marokko beim Wiederaufbau Libyens sicherlich eine wichtige Rolle spielen werde, formulierte der marokkanische Premierminister Abbas al-Fassi Anfang September mehrmals.⁹⁶ Abd al-Jalil seinerseits stellte die Fortführung der guten bilateralen Beziehungen in Aussicht und begrüßte die Teilnahme Marokkos an der „Konferenz der Freunde Libyens“ in Paris am 1. September. Auf dieser Konferenz kündigte der marokkanische Premierminister an, „Libyens Rückkehr in das Konzert der Nationen“ zu unterstützen. Die marokkanische Regierung hofft auf eine schnelle Überwindung der bürgerkriegsbedingten negativen Auswirkungen auf die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen⁹⁷ und im weiteren Verlauf der Beziehungen auf einen massiven Ausbau der Wirtschaftskooperation. Für die marokkanischen Unternehmer ist Libyen ein reiches Land, ein Partner, den es wieder zu „erobern“ gilt, schon im März 2011 wurde Libyen angesichts des Reformbedarfs und der Wiederaufbauprojekte auf einigen Webseiten als künftiges „neues Eldorado“⁹⁸ gepriesen.

In marokkanischen Medienberichten wurden zudem Ende August beide Staaten euphorisch als „Pfeiler einer neuen maghrebinischen Ordnung“ bezeichnet, in der Algerien nur eine nachgeordnete Rolle zukomme.⁹⁹ Diese Einschätzung verkennt indes die Realitäten: Wie die neue künftige Ordnung in Libyen aussehen wird, ist noch vollständig offen. Ob die von der neuen Führung Libyens angestrebten Reformziele kompatibel mit denen Marokkos sind, wird sich erst zeigen, wenn sich in Libyen 2012 die Machtverhältnisse klären und die geplanten Institutionen besetzt sind.

Perspektiven der marokkanisch-libyschen Beziehungen

Für Marokko, das keine direkte Grenze mit Libyen hat, steht die Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen mit Libyen im Vordergrund. Voraussetzung für gute Beziehungen ist jedoch, dass die künftige Regierung Libyens keine aggressive Außenpolitik betreibt und in den Nachbarländern bzw. in Marokko zu ideologisch nahestehenden Gruppen und Organisationen besondere Beziehungen aufbaut.

3. Schlussfolgerungen und Perspektiven

Die Protestbewegungen in Tunesien und Ägypten, die im Januar bzw. im Februar 2011 in beiden Ländern in einen Machtwechsel mündeten, führten zu innenpolitischen

⁹⁶ Vgl. u.a. *Aufait Maroc*, 2.9.2011 (Abbas El Fassi: «Le Maroc aura un rôle à jouer pour soutenir la transition démocratique et la reconstruction de la Libye»).

⁹⁷ Vgl. *detaillierter Maroc-hebdo*, Casablanca, 4.3.2011 (Crise libyenne: Les conséquences sur le Maroc).

⁹⁸ *Solidarité Maroc: Libye futur eldorado marocain*, unter: <<http://solidmar.blogspot.com/2011/03/libye-futur-eldorado-marocain.html>>.

⁹⁹ Vgl. <www.labass.net>, Rabat, 30.8.2011 (Maroc-Libye: vers un nouvel ordre régional?).

Veränderungen. Die staatliche Neuordnung, die Normalisierung des politischen Alltags und des Wirtschaftslebens, die Herstellung der inneren Sicherheit, um Auslandsinvestitionen nicht zu verlieren bzw. neue anzuziehen, hatten für die Übergangsregierungen dieser Ländern seither Priorität. Außenpolitisch wurde bislang seitens der amtierenden Regierungen kein Bruch mit dem bisherigen Kurs vollzogen. Die Machtverhältnisse und damit die Zusammensetzung des künftigen Parlaments und der Regierung werden sich erst nach den anstehenden Wahlen in Tunesien und Ägypten klären. Es ist jedoch bereits absehbar, dass es neue Akzentsetzungen in der Außenpolitik geben wird, weil islamistische Parteien direkten politischen Einfluss ausüben werden. Sie werden vergleichbar der türkischen, islamistisch-geprägten AKP-Regierung¹⁰⁰ Themen wie das Verhältnis zu Israel und die Rechte der Palästinenser, aber auch ausländische „westliche“ Einmischung in Nordafrika/Nahost und den Schutz der eigenen Identität, von ihnen in erster Linie als „islamische“ Identität interpretiert, nicht unbesetzt lassen.

Der sechsmonatige Bürgerkrieg in Libyen, die militärische Intervention der NATO in den innerlibyschen Konflikt und der dadurch herbeigeführte Sturz Qaddafis verweisen darüber hinaus auf weitere außenpolitische Folgen für die bilateralen und regionalen Beziehungen, die nicht nur die Positionen islamistischer Organisationen betreffen.

3.1. Die Ebene der bilateralen Beziehungen

Die Anerkennung des libyschen Nationalen Übergangsrates NTC als legitime Vertretung des libyschen Volkes nach innen und außen wurde von den nordafrikanischen Nachbarstaaten mit unterschiedlicher Geschwindigkeit akzeptiert. Die Positionen zum Qaddafiregime bzw. zur Opposition und ihrem Repräsentanten, dem NTC, änderten sich mit dem Konfliktverlauf. Der Schutz der eigenen Staatsangehörigen in Libyen und ihre Evakuierung aus dem Bürgerkriegsland hatten für alle Staaten oberste Priorität. Der Gewaltausbruch in Libyen mit wahrscheinlich über 20.000 Toten schockierte die Bevölkerung der nordafrikanischen Staaten. Forderungen nach einem Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen nahmen dementsprechend zu.¹⁰¹ Alle Regierungen plädierten für eine friedliche Lösung des Konfliktes.

In Algerien machte angesichts der hohen Opferzahl in Libyen das Stichwort von den „ungeliebten Rebellen“ die Runde.¹⁰² Denn, so der Tenor, wenn auch anlässlich des Sturzes

¹⁰⁰ Vgl. hierzu Faath, Sigrid (Hrsg.): Die Zukunft arabisch-türkischer Beziehungen, Baden-Baden 2011, 284 S.; sowie dieselbe: Die arabisch-türkischen Beziehungen 2011: Zukunftsfähig trotz Turbulenzen, Wuqûf-Kurzanalyse, Hamburg, Nr. 20, September 2011, 21 S., Text unter: <www.wuquf.de/wuquf-online.html>.

¹⁰¹ Vgl. eine Auswahl an Stimmen unter Magharebia, 27.2.2011 (Les violences en Libye choquent les voisins du Maghreb).

¹⁰² Vgl. Algerie-focus, 28.8.2011 (Les rebelles libyens, mal-aimés du printemps arabe).

von Präsident Ben Ali oder Präsident Mubarak Freudenfeiern über das Ende von deren Herrschaft durchaus angebracht gewesen seien, so könne man hinsichtlich Libyens wegen der vielen Opfer wohl kaum im gleichen Maße Freude zeigen.

Erst nach der Einnahme von Tripolis durch die Oppositionstruppen am 21. August, die de facto das Ende der Qaddafiherrschaft bedeutete, setzten alle nordafrikanischen Staaten auf einen pragmatischen Kurs zur Fortsetzung der bilateralen Beziehungen mit Libyen unter neuer Führung. Die jeweiligen nationalen Eigeninteressen bestimmen das Verhalten, auch wenn Vorbehalte gegen den NTC bestehen; Beispiel hierfür ist die algerische Staatsführung, deren Sympathien für den NTC sich wegen der starken Präsenz von Islamisten in seinen Reihen in Grenzen halten. Grundsätzlich dominiert die Bereitschaft, sich wegen der wirtschaftlichen Interessen mit den neuen Machthabern in Libyen zu arrangieren. Vor allem die direkten Nachbarn Tunesien und Ägypten, aber auch Marokko, hoffen, dass

- Libyen auch unter neuer Führung Arbeitskräfte importiert und so dazu beiträgt, den eigenen Arbeitsmarkt zu entlasten,
- die unter Qaddafi getätigten Investitionen in den nordafrikanischen Staaten beibehalten oder sogar mittelfristig ausgebaut werden und dass
- der libysche Markt sich für die eigenen Unternehmer öffnet.

Für Algerien stehen dagegen die sicherheitspolitischen Interessen eindeutig im Mittelpunkt. Das zentrale Anliegen der algerischen Regierung ist die Kooperation mit Libyen im Sicherheitsbereich mit dem Ziel, die Waffenproliferation und die transnationalen Aktivitäten islamistischer Gruppen einzudämmen. Nur wenn die künftige libysche Regierung bereit ist, diesbezüglich konkrete Maßnahmen umzusetzen und gemeinsam mit Algerien zu handeln, werden die bilateralen Beziehungen längerfristig gut nachbarschaftlich verlaufen.

Libyen befindet sich in einer Übergangsphase; weder die innen- noch außenpolitischen künftigen Orientierungen und Kräfteverhältnisse sind geklärt. Dies gilt zwar auch für Tunesien und Ägypten; diese beiden Staaten sind jedoch wirtschaftlich in einem anderen Maße außenpolitisch abhängig als das erdölreiche Libyen und Algerien. Ungeachtet der politisch-ideologischen Orientierung der künftigen tunesischen und ägyptischen Regierung sind diese beiden Staaten insbesondere aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus zu mehr Flexibilität in ihren Außenbeziehungen gezwungen.

3.2. Die Ebene der Regionalkooperation

Sowohl in Libyen als auch Tunesien und Ägypten gibt es Stimmen, die in den „siegreichen Revolutionen“ dieser drei Länder eine neue politische Achse, eine „alternative Kraft in der

arabischen Welt“ sehen.¹⁰³ In diesem Sinne meinte der zur Opposition übergelaufene libysche Brigadegeneral Faraj al-Baituri bereits im April 2011: „The 17 february revolution is complementary to the Egyptian and Tunisian revolutions. If the three revolutions win victory, the three countries will become a superpower that will make the West kneel to us.“¹⁰⁴ Die revolutionäre Jugend in Tunesien, Ägypten und Libyen müsse – so im August 2011 der libysche Übergangsregierungschef Mahmud Jibril – einen Dialog führen und ihre politische Zukunft abstimmen.¹⁰⁵ Weil die „Revolutionen“ in Tunesien und Ägypten schon weiter vorangeschritten seien, rät der libysche Schriftsteller Hisham Matar¹⁰⁶ den „Revolutionären“ in Banghazi und Tripolis, die in diesen beiden Ländern gemachten Erfahrungen zu nutzen.

Seit Mitte der 1990er Jahre bis Ende 2010 können die bilateralen Beziehungen der autoritär-strukturierten nordafrikanischen Staaten untereinander mit Ausnahme der algerisch-marokkanischen Beziehungen¹⁰⁷ als relativ kooperativ gelten. Im Unterschied hierzu scheiterte die Institutionalisierung einer funktionsfähigen Regionalorganisation – wie sie die 1989 gegründete Arabische Maghrebunion (AMU) zwischen Algerien, Libyen, Marokko, Mauretanien und Tunesien etablieren sollte – nicht nur wegen der algerisch-marokkanischen Unstimmigkeiten, sondern auch wegen den von Qaddafi verfolgten eigenen Zielen zur Stärkung des libyschen Einflusses im Sahel und Afrika, was vor allem zu Friktionen mit Algerien führte. Jede Staatsführung verfolgte Eigeninteressen, für die bilaterale Beziehungsstrukturen geeigneter schienen als Foren regionaler Kooperation mit ihrer langwierigen Suche nach Kompromissen. Die Machtwechsel in Tunesien, Ägypten und Libyen lassen bislang nicht darauf schließen, dass der Regionalkooperation künftig eine Vorrangstellung eingeräumt wird und sich die Überzeugung durchsetzen wird, dass regionale Kooperation dem nationalen Eigeninteresse von besonderem Nutzen sein kann.

Ein Block der „revolutionären Staaten“ Nordafrikas zeichnet sich nicht ab, vor allem weil der wirtschaftlich größte und wichtigste Maghrebstaat, Algerien, sich bislang nicht in die Phalanx der „Revolutionsstaaten“ einreihete.¹⁰⁸ Was sich abzeichnet, ist die Beschäftigung mit den eigenen nationalen Problemen. Bei der Lösungssuche für das Hauptproblem

¹⁰³ Zum Beispiel Tunisnews, 26.8.2011 (Libye, Tunisie, Egypte: une force alternative dans le monde arabe).

¹⁰⁴ Amlaloummah, 9.4.2011, zitiert nach BBC-Monitoring, London, 9.4.2011 (Libyan revolutionaries attend press conference in Egypt).

¹⁰⁵ Vgl. Alarabonline, 29.8.2011 (jibril yad'u li-iqamat hiwar baina shabab al-thawra fi misr wa tunis wa libiya; Jibril ruft zu einem Dialog der revolutionären Jugend Ägyptens, Tunesiens und Libyens auf).

¹⁰⁶ Vgl. Matar, Hisham: Sein Sturz ist unser Sieg, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.8.2011.

¹⁰⁷ Ursache für die bilateralen algerisch-marokkanischen Spannungen war und ist der schwelende Westsaharakonflikt.

¹⁰⁸ In Libya al-yom wird in einer Meldung vom 2.9.2011 (thawrat al-rabi' al-arabi: hal tu'addi ila uzlat al-jaza'ir?) befürchtet, dass sich Algerien mit seiner Haltung von den „Revolutionen des arabischen Frühlings“ und ihrer Dynamik isoliert. Andere Autoren wie der Direktor des Zentrums zur Förderung von Demokratie in der arabischen Welt in Kairo, Khalid Chaoukat, sind der festen Überzeugung, dass das algerische Regime die Revolution in Tunesien wegen der Rückwirkungen kaum mit Wohlwollen betrachtet; vgl. Maroc Agence Presse, 4.10.2011 (Le régime algérien).

Wirtschaftsentwicklung, u.a. durch Steigerung der ausländischen Direktinvestitionen, Entwicklung des Tourismus und Arbeitsplatzsicherung für die junge Generation auf ausländischen Arbeitsmärkten machen sich die Nichterdölstaaten Tunesien und Ägypten, aber auch Marokko gegenseitig Konkurrenz. „Revolutionäre Solidarität“, wie einige der zitierten euphorischen Artikel anklingen ließen, sind ebenso wenig zu erwarten wie generelle „nordafrikanische Solidarität“. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass sich das Denken und das außenpolitische Handeln sozusagen „nationalisieren“ werden und es in Teilbereichen nur dann aus nationalem Interesse zur Zusammenarbeit zwischen einzelnen nordafrikanischen Staaten kommt, wenn es Vorteile verspricht – eine Situation, wie sie bereits vor den Umbrüchen 2011 zu konstatieren war.

3.3. Die Beziehungen zu „westlichen Staaten“

Interviews mit maghrebischen Politikern und maghrebische Medienberichte lassen die Vermutung zu, dass die westliche Intervention in Libyen¹⁰⁹ das zukünftige Verhältnis der nordafrikanischen Staaten zur NATO belasten wird, auch wenn de facto nur acht Staaten der NATO die Militärintervention umsetzen. Grundsätzlicher Kritikpunkt der Staatsführungen in Nordafrika und zahlreicher politischer und gesellschaftlicher Akteure ist der Missbrauch der UN-Resolution 1973 durch die westlichen Mächte; diese hätten eigenmächtig die Resolution als Erlaubnis zum Sturz des Qaddafiregimes umgedeutet. In der Presse taucht immer wieder – der auf breite Zustimmung in der Bevölkerung stoßende – Vorwurf der Doppelmoral auf: „Wenn die NATO und Frankreich sich so (wie in Libyen) für Demokratie einsetzen, warum tun sie es dann nicht in gleicher Weise in Syrien oder Saudi-Arabien?“¹¹⁰ Die Militärintervention der NATO in Libyen weckte vor allem auch deshalb in allen Staaten der Region Misstrauen, weil aus nordafrikanischer Sicht die darüber hinausgehenden Intentionen westlicher Staaten in Nordafrika unklar sind.

Speziell Frankreich und Großbritannien, also die ehemaligen Kolonialmächte Nordafrikas, die die Hauptlast der Militärintervention trugen, werden es in diesem Kontext in Zukunft schwer haben, den NATO-Mittelmeerdialog voranzutreiben.

Die Machtwechsel in Tunesien, Ägypten und Libyen haben zudem keine grundlegend neuen und besseren Voraussetzungen für den Ausbau der Beziehungen zur EU bzw. der euro-mediterranen Kooperation geschaffen. Bilaterale Kooperation wird auch weiterhin diese Beziehungen prägen. Der von europäischen Staaten und der EU erhoffte regionale

¹⁰⁹ Kritische Anmerkungen gab es auch wegen der engen Verbindung von libyscher Oppositionsbewegung und westlicher Militärintervention, weil die Legitimität der Proteste dadurch generell in Frage gestellt und die Unabhängigkeit der Protestbewegung unterminiert werde; vgl. hierzu den Kommentar von Layla al-Zubaidi: Die Araber und die Libyen-Intervention: Stehlt uns nicht die Revolution!, in: Qantara, Bonn, 5.4.2011.

¹¹⁰ Algerie-Focus, 18.9.2011 (Maghreb).

Zusammenschluss der Maghrebstaaten hat kaum Chancen, in absehbarer Zeit realisiert zu werden. Die Staatsführungen werden sich auf die inneren Angelegenheiten konzentrieren. Die Machtsicherung, die Herstellung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung sowie die Entwicklungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik werden im Mittelpunkt stehen. Gerade jene Staaten, in denen es zu einem Machtwechsel kam, werden trotz aller bestehenden Probleme zudem ein gestiegenes Selbstvertrauen an den Tag legen und auf Einmischungen jeglicher Art von außen empfindlich reagieren. Das Konzept des „souveränen Nationalstaates“ bestimmt nach wie vor das Denken. Die nordafrikanischen Staaten werden deswegen am Nichteinmischungsprinzip in innere Angelegenheit als oberstes Prinzip festhalten.

Die seit den Machtwechseln in allen drei Staaten am politischen Prozess legal beteiligten Islamisten, aber auch Gruppen, die von nationalistischem Gedankengut geprägt wurden, werden vermehrt in die Außenpolitik eingreifen. Es ist zudem zu erwarten, dass in Tunesien, Ägypten und Libyen die Staatsführungen bei außenpolitischen Fragen die „Meinung des Volkes“ stärker berücksichtigen; die euromediterranen Beziehungen sind dabei nicht der einzige Bereich der Außenbeziehungen nordafrikanischen Staaten, in dem es zu Veränderungen kommen wird. Auch die Beziehungen zu den BRIC-Staaten, die Haltung zur Süd-Süd-Kooperation werden längerfristig neu austariert, wobei das Pendel zu Lasten der „westlichen Staaten“ ausschlagen wird.

© **Edition Wuqûf, Hamburg 2011**

Müllenhoffweg 7, 22607 Hamburg

<<http://www.wuquf.de>>

ISSN 0948-0951

Die Wuqûf-Kurzanalysen erscheinen unregelmäßig; sie informieren über aktuelle Entwicklungen in Nordafrika/Nahost oder kommentieren diese zielgerichtet. Die Wuqûf-Kurzanalysen stehen kostenlos Online zur Verfügung. Sie sind abrufbar unter <<http://www.wuquf.de/wuquf-online.html>>.

Die Wuqûf-Kurzanalysen sind eine privat finanzierte Reihe ohne Unterstützung seitens einer staatlichen oder halbstaatlichen in- oder ausländischen Institution.

Herausgeber

Sigrid Faath, Privatdozentin Dr. habil.; Studium der Politischen Wissenschaft, Ethnologie und Soziologie; wissenschaftliche Publizistin und Consultant; Associate fellow der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Nordafrika, Innen- und Außenpolitik; euromediterrane Beziehungen; Konfliktpotentiale in Nordafrika/Nahost. Zu diesen Themen liegen zahlreiche Veröffentlichungen vor.

Kontakt: sfaath@wuquf.de

Hanspeter Mattes, Dr. phil. (Politische Wissenschaft), Diplom-Volkswirt; stellvertretender Direktor des GIGA Institut für Nahost-Studien, Hamburg. Zahlreiche Veröffentlichungen u.a. zur Innen- und Außenpolitik der nordafrikanischen Staaten, insbesondere Libyens. Thematische Arbeitsschwerpunkte: Politische und wirtschaftliche Transformationsprozesse und Soft-Security-Probleme in Nordafrika.

Kontakt: hmattes@wuquf.de